TOPMELDUNG

### WASSERKRAFT

### Öffentliche Hand übernimmt Aktienmehrheit an EWA Energie

Altdorf (energate) - Der Kanton und die Korporation Uri halten neu zusammen die Mehrheit am Elektrizitätswerk EWA Energie Uri. Für 180 Mio. Franken hat CKW ihnen und zwei Swiss-Life-Fonds 52,3 Prozent der EWA-Aktien übertragen. Grund für den Kauf seien die anstehenden Konzessionserneuerungen für Wasserkraftwerke im Kanton, erklärte der Urner Landammann Urs Janett gegenüber energate. "In den nächsten 15 Jahren werden alle grossen Wasserkraftwerke heimfallen. Daraus ergibt sich die Möglichkeit, sie frisch zu verteilen, was einfacher ist, wenn wir die Mehrheit haben", so Janett. Wasserkraft sei die einzige Ressource, die Uri habe. Durch die Mehrheitsbeteiligung an EWA eröffneten sich nun "Chancen von guten und zukunftsgerichteten Konzessionsvergabelösungen zugunsten aller Urnerinnen und Urner", betont der Landammann weiter. Dies sei auch der Auftrag, den der Regierungsrat vom Landrat erhalten habe mit Blick auf die kantonale Energiestrategie. Letztere schreibe vor, dass bei Neukonzessionierungen der Kanton die Mehrheit an den betreffenden Kraftwerken halte.

### CKW gibt nach 115 Jahren Aktienmehrheit auf

Den Auftrag, sich um die Mehrheit an EWA zu bemühen, hatte der Landrat im Frühjahr 2021 erteilt. Nach mehrjährigen Verhandlungen sei dann im Mai dieses Jahres ein Abschluss erzielt worden, teilt der Kanton mit. Das Exekutivgremium der Korporation Uri, der Engere Rat, war durch den Korporationsrat zum selben Vorgehen verpflichtet worden. Neu verfügt der Kanton nun über 37,3 Prozent der EWA-Aktien (bisher 29 Prozent) und die Korporation über 16 Prozent (bisher sechs Prozent). CKW, die seit 1908 die Aktienmehrheit an EWA gehalten hat, reduziert ihr Engagement von 62,3 auf zehn Prozent und bleibt strategische Ankeraktionärin, wie es in einer Mitteilung heisst. "CKW bleibt an Bord und damit auch das Know-how eines Energiedienstleisters, der immer gut mit EWA zusammengearbeitet hat", betont Landammann Janett gegenüber energate.

Neu sind zudem Schweizer Pensionskassen und Versicherungen an EWA beteiligt, über zwei von Swiss Life Asset Managers verwaltete Energieinfrastruktur-Fonds mit Sitz in

### INHALTSVERZEICHNIS **★** TOPMELDUNG Öffentliche Hand übernimmt Aktienmehrheit an EWA Energie **♣** SCHWEIZ Axpo baut 200-MW-Anlage in Spanien Nationalrat macht Weg frei für Schlussabstimmung über Windexpress Mehr Klarheit für Inhaber privater Wasserrechte gefordert Swissgrid emittiert Anleihe über 200 Mio. Franken Erster vollelektrischer Kanalreiniger von Designwerk **DEUTSCHLAND** Gasspeicherziel ist vorzeitig erfüllt Tennet und 50 Hertz wollen Bau von Nordost-Link beschleunigen Vattenfall: Industriestrompreis wirkt sehr unreif EnviaM: Milliardenprogramm für Netze, Erneuerbare und Fachkräfte "Erdwärmesonden können auch im urbanen Raum punkten" "Wir betrachten Dekarbonisierung und Digitalisierung" . 1........

der Schweiz. Die Fonds halten neu 34 Prozent der Aktien. Die Urner Gemeinden, denen heute 1,7 Prozent des Aktienkapitals gehören, haben die Möglichkeit, weitere 2,3 Prozent vom Kanton zu erwerben, dessen Anteil sich dadurch auf 35 Prozent verringern würde. Wie der Kanton weiter mitteilt, braucht es für die jetzige Transaktion weder eine Volksabstimmung noch einen Landratsbeschluss, da die Aktien ins Finanzvermögen des Kantons einfliessen. Auch das Aktienpaket der Korporation wird zulasten des Finanzvermögens erworben, was laut Mitteilung in der Kompetenz des Engeren Rats liegt.

#### Rochade im Verwaltungsrat

Die Veränderung der Mehrheitsverhältnisse bei EWA hat auch Auswirkung auf die Zusammensetzung des Verwaltungsrats. Auf einer ausserordentlichen Generalversammlung des Energieversorgers werden die bisherigen VR-Mitglieder Marion Klein (Inhaberin und VR-Präsidentin der Pack Easy AG), Urs Meyer (Mitglied der CKW-Geschäftsleitung), Andreas Ruch (VR-Präsident der Ruch AG) und Pascal Ziegler (Gemeindepräsident von Altdorf) zurücktreten.

Neu zur Wahl für den Rest der laufenden Amtsdauer stehen Beat Huber und Daniel Arnold als Vertreter von Swiss Life Asset Managers sowie Stephan Marty als unabhängiger Verwaltungsrat. Dem Gremium weiter angehören sollen

Landammann Urs Janett und Volkswirtschaftsdirektor Urban Camenzind als Vertreter des Kantons Uri, Korporationspräsident Kurt Schuler als Vertreter der Korporation Uri sowie CKW-CEO Martin Schwab als Vertreter von CKW. Kurt Schuler wurde zudem als Nachfolger von Martin Schwab an der VR-Spitze vorgeschlagen. /mj

SCHWEIZ

### **SOLARENERGIE**

## Axpo baut 200-MW-Anlage in Spanien

Baden/León (energate) - In der spanischen Provinz León startet die Axpo Holding AG im September mit dem Bau einer Solaranlage, die 200 MW leistet. Das Projekt sei "Teil der Ambition, bis 2030 zehn Gigawatt in Europa zuzubauen", hält das Energieunternehmen mit Sitz in Baden fest. In der Mitteilung beschreibt Axpo das Projekt als "bisher grösste Solaranlage" des Energiekonzerns. Es handele sich um eine Freiflächenanlage, für die 365.000 Solarpanels auf 307 ha montiert werden. Dies erfolge in den Gemeinden Villadangos del Páramo und Cimanes del Tejar in der Provinz León der Region Kastilien-León in Nordwestspanien.

Die neue Anlage könne den jährlicher Strombedarf von mehr als 76.000 Haushalten in der Region decken, schreibt Axpo. Mehr als 900 Fachleute seien an der Entwicklung des Projekts beteiligt, dessen Bau voraussichtlich im September startet. Die Anlage soll Ende 2024 ans Netz gehen. Ihren Baubeginn bezeichnet Antoine Millioud, Chef der Solarabteilung der Holding, als "wichtigen Meilenstein" für Axpo in Spanien. Der Konzern ist dort seit 20 Jahren aktiv.

Der Ausbau von Solarenergie in Ländern wie Spanien sei "auch für die Schweiz relevant", hält die Axpo weiter fest, weil dies "die Energieversorgungssicherheit ganzheitlich stärkt". Mit dem geplanten Zubau von zehn GW bis 2030 trage Axpo dazu bei, dass genügend Strom für die Bedürfnisse Europas zur Verfügung stehe - "auch für die Importbedürfnisse der Schweiz im Winter". Das unterstreicht Axpo, die auf der Basis von regulatorischen Erleichterungen im Herbst 2022 auch in der Schweiz ihre Solaroffensive lanciert hatte. /at

### WINDKRAFT

# Nationalrat macht Weg frei für Schlussabstimmung über Windexpress

Bern (energate) - Der Nationalrat hat beim Windexpress die letzten Differenzen zum Ständerat beseitigt. Das Gesetz zur Beschleunigung der Bewilligungsverfahren von Windkraftprojekten ist nun bereit für die Schlussabstimmung. Grundsätzlichen Widerstand gab es einzig von der SVP. So erklärte der Solothurner SVP-Nationalrat Christian Imark zu Beginn der Debatte, seine Fraktion erachte den Windexpress als unseriös. "Die Volksrechte werden mit diesem neuen Gesetz eingeschränkt. In einigen Kantonen hat das Volk zu Windprojekten anschliessend gar nichts mehr zu sagen", so Imark. Er verlangte mit einem Minderheitsantrag Volksabstimmungen für allfällige Windprojekte, die nicht demokratisch legitimiert seien.

Dem folgte die Mehrheit des Nationalrats nicht, sondern schloss sich mit 136 zu 53 Stimmen den bereits vom Ständerat verabschiedeten Änderungen der Gesetzesvorlage an. Diese sehen vor, dass die beschleunigten Bewilligungsverfahren nur angewendet werden dürfen, wenn die betroffenen Gemeinden einem Windenergieprojekt zuvor im Rahmen der Nutzungsplanung zugestimmt haben. Ausgenommen davon sollen Kantone sein, die vor dem Inkrafttre-



ten des Windexpresses die Kompetenz zur Nutzungsplanung für Windenergieprojekte auf die Kantonsebene verschoben haben.

Das "Bundesgesetz über die Beschleunigung der Bewilligungsverfahren für Windenergieanlagen" kann nun in die für Mitte Juni vorgesehene Schlussabstimmung. Das Gesetz sieht vor, dass künftig bei weit fortgeschrittenen Windenergieprojekten die kantonalen Behörden die Baubewilligung erteilen, anstatt wie bisher die Gemeinden. Weiter soll es nur noch eine Beschwerdeinstanz beim obersten kantonalen Gericht geben. Ein Weiterzug ans Bundesgericht wäre nur zur Klärung von Rechtsfragen mit grundsätzlicher Bedeutung möglich. Die Beschleunigung soll für Windenergieanlagen von nationalem Interesse gelten, die eine Jahresproduktion von 20 GWh oder mehr aufweisen. Die beschleunigten Verfahren sollen zudem nur so lange gelten, bis schweizweit eine zusätzliche Leistung von 600 MW Windenergie im Vergleich zum Jahr 2021 installiert ist. /mj

### WASSERKRAFT

## Mehr Klarheit für Inhaber privater Wasserrechte gefordert

Bern (energate) - Mit knapper Mehrheit hat der Nationalrat für die teilweise Annahme einer Motion gestimmt, die mehr Klarheit für Inhaber ehehafter Wasserrechte fordert. Die grosse Kammer folgte aber zugleich dem Bundesrat, der sich gegen die in der Motion verlangte Aufnahme privater Wasserrechte ins Grundbuch ausgesprochen hatte. Die Vorlage der nationalrätlichen Umwelt- und Energiekommission (Urek-N) hatte gefordert, dass die Regierung einen Gesetzesentwurf ausarbeitet, der den Bestand ehehafter Wasserrechte sichert sowie deren Aufnahme als selbstständige und dauernde Rechte ins Grundbuch ermöglicht. Zweitens sollte die Gesetzesvorlage regeln, in welchem Zeitrahmen Wasserkraftwerke mit ehehaften Wasserrechten die

geltenden Sanierungspflichten beziehungsweise Restwasservorschriften einhalten müssen. Dabei sollten die betroffenen Kraftwerke möglichst gleich behandelt werden wie Wasserkraftwerke mit einer öffentlich-rechtlichen Konzession.

Das Anliegen geht zurück auf ein Bundesgerichtsurteil von 2019, wonach die kantonalen Behörden die ehehaften Wasserrechte bei erster Gelegenheit ablösen müssen, wie Bundesrat und Energieminister Albert Rösti nun in der grossen Kammer ausführte. Nationalrat Nicolò Paganini (Mitte/St. Gallen) hatte das Bundesgerichtsurteil zuvor scharf kritisiert, als er die Motion im Namen der Urek-N vorstellte. "Für die Betreiber eines auf privaten Wasserrechten beruhenden Wasserkraftwerks stellt der erwähnte Bundesgerichtsentscheid faktisch eine Enteignung dar", so Paganini. Dies müsse nun korrigiert werden. Dem hielt Bundesrat Rösti entgegen, dass die Regierung die Bestandssicherung ehehafter Wasserrechte ablehne, da sie aufgrund des Bundesgerichtsurteils verfassungswidrig sei.

Rösti betonte zugleich, dass sich der Bundesrat für die Annahme des zweiten Punkts der Motion ausspreche. "Der zweite Punkt ist relativ einfach. Aus Sicht des Bundesrates ist eine gesetzliche Regelung für einen Zeitrahmen für die Umsetzung der Sanierungspflicht sowie die Einhaltung der Restwasservorschriften für Inhaber von ehehaften Rechten sinnvoll", so der Energieminister. Dadurch erhielten Inhaber privater Wasserrechte Rechtssicherheit und die Kantone einen klaren Zeitrahmen, in dem sie das Bundesgerichtsurteil umsetzen müssen. Dabei sollen die Besitzer ehehafter Rechte angemessene Übergangsfristen erhalten, wie Rösti betonte, um die Möglichkeit zu haben, "ihre getätigten Investitionen zu amortisieren." Mit 97 zu 94 Stimmen folgte der Nationalrat der Argumentation des Bundesrats und strich den ersten Punkt der Motion. Der zweite zu den Sanierungspflichten und Restwasservorschriften wurde mit 97 zu 95 Stimmen angenommen und geht nun weiter in den Ständerat. /mi



### **NETZE**

### Swissgrid emittiert Anleihe über 200 Mio. Franken

Aarau (energate) - Die Schweizer Übertragungsnetzbetreiberin Swissgrid AG hat eine neue Anleihe mit einem Volumen von 200 Mio. Franken am Kapitalmarkt platziert. Die Anleihe ist laut Swissgrid vorgesehen zur Rückzahlung kurzfristiger Finanzverbindlichkeiten sowie der Finanzierung laufender Investitionen, von Beschaffungsaufwänden und der Kosten für die Stromreserve im Winter. Letztere Aufgabe hat der Bund zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit hierzulande der nationalen Netzgesellschaft übertragen. Swissgrid bezeichnet ferner die Modernisierung des Übertragungsnetzes als "Schlüssel" für die Energiezukunft. Denn dieses leiste als "Rückgrat für eine sichere Stromversorgung" einen zentralen Beitrag zur Erreichung der Ziele der Energiestrategie 2050, betont die Netzbetreiberin.

Die neu lancierte Anleihe von Swissgrid verfügt laut Mitteilung über eine kürzere Laufzeit von drei Jahren. Der Coupon beträgt 1,9 Prozent für die 200-Millionen-Anleihe, die an der SIX Swiss Exchange kotiert und sowohl in den Swiss Bond Index als auch in die relevanten ESG Bond Indizes aufgenommen wird. /at

### MOBILITÄT

### Erster vollelektrischer Kanalreiniger von Designwerk

Winterthur (energate) - Die Winterthurer E-LKW-Manufaktur Designwerk hat mit einem spezialisierten Fahrzeughersteller das erste vollelektrische Kanalreinigungsfahrzeug zur Serienreife gebracht. Laut Mitteilung der Winterthurer E-Mobilitätsspezialistin ist das neue Elektrofahrzeug mit einer

Batteriekapazität von bis zu 508 kWh ausgestattet. Damit arbeite das Fahrzeug ohne Nachladen bis zu acht Stunden. Es basiere auf einem E-LKW-Modell von Designwerk, das dazu die Lade-, Speicher- und Antriebstechnologie liefere. Geladen wird laut Mitteilung mit einer Ladeleistung von bis zu 350 kW. Der Akku erreiche in rund 80 Minuten den vollen Ladestand.

Wie bei herkömmlichen Kanalreinigungsfahrzeugen verfüge auch die Elektroversion über eine hohe Pumpenleistung. Demnach sorgen zwei elektrische Hochleistungs-Nebenantriebe für eine Spülleistung von bis zu 300 Litern pro Minute und eine Saugleistung bis 3.100 Kubikmeter pro Stunde. Laut Designwerk können mit dem E-Kanalreiniger im Schnitt 21.000 Liter Diesel pro Jahr eingespart werden. Je nach Strommix reduziere dies die CO2-Emissionen über den gesamten Lebenszyklus des Fahrzeugs um bis zu 80 Prozent, hält die Herstellerin fest. /at

DEUTSCHLAND

### **GASSPEICHERGESETZ**

### Gasspeicherziel ist vorzeitig erfüllt

Berlin (energate) - Drei Monate vor dem Stichtag ist das Gasspeicherziel von 75 Prozent erreicht. Laut der Transparenzplattform AGSI sind die deutschen Speicher bereits zu **75,99 Prozent gefüllt.** Die derzeit niedrigen Gaspreise unter 30 Euro/MWh bieten genügend Anreize, damit die Unternehmen einspeichern. Die Aussicht, das Gas zu hohen Preisen im Winter zu verkaufen, ist attraktiv. Ein kurzer Rückblick: Vor einem Jahr, mitten in der Gaskrise, musste noch der Marktgebietsverantwortliche THE trotz Rekordpreisen den Markt leerkaufen, um unter anderem den grössten deutschen Speicher Rehden vollzubekommen. Vor wenigen Tagen veröffentlichte die Bun-



desnetzagentur ein Gutachten, das dieses Vorgehen als richtig einstuft - trotz der negativen Auswirkungen auf den Gashandel.

Aus Furcht vor einer Gasmangellage führte die Bundesregierung mit dem Gasspeichergesetz, das am 30. April 2022 in Kraft trat, erstmals Füllstandsvorgaben ein. Mit steigender Nervosität wurden die Ziele Ende Juli 2022 nochmals verschärft - auf dem Wege einer Ministerverordnung. Neu hinzu kam das Speicherziel für den 1. September von 75 Prozent, das zu einem schnelleren Einspeichern führen sollte. Für den Stichtag 1. Oktober stieg die Vorgabe auf 85 Prozent, für den 1. November auf 95 Prozent. Damit die Speicher nicht in den Wintermonaten komplett geleert werden, gilt auch ein Ziel für den 1. Februar: 40 Prozent. Damit gibt es zumindest einen kleinen Sicherheitspuffer, sollte der Februar kalt ausfallen und gleichzeitig Versorgungsprobleme auftreten.

#### Oktoberziel noch nicht sicher

Einige Gashändler warnen mit Blick auf die vollen Speicher vor einer trügerischen Ruhe. Für das nächste Etappenziel 85 Prozent müssen noch über 30 TWh eingespeichert werden. Im Moment geben die niedrigen Preise entsprechende Anreize. Im Sommer wird sich zeigen müssen, wie hart die asiatische Konkurrenz bei der LNG-Beschaffung ausfällt. Denn dann wird dort Erdgas zur Klimatisierung gebraucht. Auch ein Anziehen der Konjunktur hätte Auswirkungen auf den Gashandel. /mt

**NETZAUSBAU** 

### Tennet und 50 Hertz wollen Bau von Nordost-Link beschleunigen

Bayreuth/Berlin (energate) - Die Übertragungsnetzbetreiber Tennet und 50 Hertz wollen den Bau der Gleichstrom-Erdkabelleitung Nordost-Link mithilfe des sogenannten Präferenzraumverfahrens beschleunigen. Wie die Unternehmen gemeinsam mitteilten, handelt es sich dabei um die erste Stufe des Genehmigungsverfahrens. Neu sei, dass nicht mehr die Vorhabenträger geeignete Räume für eine Erdkabelverbindung suchen müssten. Stattdessen würde "die Bundesnetzagentur einen fünf bis zehn Kilometer breiten Präferenzraum" entwickeln. "In diesem planen die Vorhabenträger im nachfolgenden Planfeststellungsverfahren den grundstücksgenauen Trassenverlauf", schreiben die Unternehmen.

Die Bundesregierung hatte bereits letztes Jahr beschlossen, die Genehmigungsverfahren für den Stromnetzausbau zu beschleunigen. Mit dem kürzlich verabschiedeten "Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende" hat sie laut Tennet und 50 Hertz zudem ermöglicht, dass das Präferenzraumverfahren auch bei bereits bestätigten Vorhaben angewendet werden kann.

Tennet-COO Tim Meyerjürgens kommentierte, die Initiative der Regierung sei "ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum Klimaneutralitätsnetz 2045". Der Netzausbau müsse zwingend beschleunigt werden. Nordost-Link solle "bereits im Jahr 2032 grünen Strom von der Nordseeküste Schleswig-Holsteins nach Mecklenburg-Vorpommern transportieren und rein rechnerisch fünf Millionen Haushalte mit Strom versorgen".

Die Übertragungsnetzbetreiber erklärten zudem, "dass das neue Deutschlandtempo aber nicht zu weniger Beteiligung und Dialog führen soll". /mh

### CORPORATE PPAS

### Vattenfall: Industriestrompreis wirkt sehr unreif

Essen (energate) - Ein vergünstigter Industriestrompreis von 6 Cent/kWh weicht deutlich vom realistischen Preisniveau ab. Das sagte Christine zu Putlitz, Director Renewables Origination bei Vattenfall, im Interview mit energate zu den Plänen des Bundeswirtschaftsministeriums. Zudem sei die Dauer der Massnahme zu kurz . Die Industrieunternehmen würden sich in ganz anderen Dimensionen bewegen. Auch wenn die Energiekosten zu den zentralen Herausforderungen der Branche gehörten, wirke die Massnahme "sehr unreif und lässt offen, was denn nach 2030 passieren soll", sagte sie. Mit 6 Cent/kWh bis 2030 als festgeschriebener Industriestrompreis will das Wirtschaftsministerium die energieintensiven Unternehmen im internationalen Wettbewerb unterstützen.

### "Sehen solche Markteingriffe kritisch"

"Generell sehen wir solche starken staatlichen Markteingriffe kritisch. Das in dem Vorschlag genannte Preisniveau weicht zumal stark von der Realität ab", sagte zu Putlitz. Es vermittele den falschen Eindruck, dass man für den Preis von 6 Cent/kWh nun Strom beziehen könne. Hinzu kämen aber die gesellschaftlichen Kosten, die der Bund dann zahlt. Auch stellt zu Putlitz die Frage der Gerechtigkeit: "Was ist mit denjenigen Industrieunternehmen, die mit ihren Investitionen in das eigene Erzeugungsportfolio vorangegangen sind?" Mit einem Industriestrompreis würden sie für ihr Engagement gewissermassen bestraft.

### Krise verkürzt PPA-Laufzeiten

Der schwedische Energiekonzern Vattenfall blicke auf eine jahrzehntelange Erfahrung bei der Ökostromversorgung in Skandinavien zurück, vor allem dank Wasserkraft, so zu Putlitz. "Die langfristigen Ökostromlieferverträge, sogenannte Corporate PPAs, gewinnen aktuell auch auf dem Kontinent an Bedeutung." Zu den Bestandskunden gehören neben den grossen Industriekunden auch Stadtwerke. An den Corporate PPAs, die Ökostrom aus deutschen Wind- und PV-Parks zur Verfügung stellen, würden die Kunden vor allem ihre langen Laufzeiten und damit eine hohe Planbarkeit schätzen. Anstatt der üblichen 20 Jahre Laufzeit ohne Nachverhandlungsoption liege die Laufzeit der Verträge wegen der aktuellen Energiekrise bei immerhin 10-15 Jahren.

"In der Regel haben unsere Corporate PPAs keine Nachverhandlungsoption. Das birgt die Art des Geschäfts mit sich", so zu Putlitz. Wichtig sei dabei eine präzise Markteinschätzung sowohl des Lieferanten als auch des Kunden. Diese lange Laufzeit mit entsprechender Abnahmeverpflichtung gelte für die Anlageneigentümer als eine gute Preisabsicherung des Geschäftsmodells. Das bringe Planungs- und Investitionssicherheit mit sich und setze die nötigen Impulse für den weiteren Erneuerbarenausbau.

#### Kein Einfluss auf die Asset-Pipeline

Die befürchtete Leerräumung des Grünstromkontingents durch die energieintensiven Unternehmen würde Vattenfall nicht betreffen, sagte zu Putlitz auf Nachfrage weiter. Unter dem Strich würden die Pläne des Ministeriums keinen Einfluss auf die Entwicklung von Erneuerbarenprojekten bei Vattenfall haben: "Wir haben eine schon seit Längerem bestehende Asset-Pipeline, die wir unabhängig von den Plänen des Bundeswirtschaftsministeriums umsetzen werden. Wir investieren weiterhin massiv in den Ausbau von Offshore- und Onshore-Windkapazitäten sowie in die Photovoltaik." Darauf werde ein möglicher Brückenstrompreis für die Industrie keinen Einfluss haben.

Das vollständige Interview mit Christine zu Putlitz lesen Sie hier.

**JAHRESZAHLEN** 

## EnviaM: Milliardenprogramm für Netze, Erneuerbare und Fachkräfte

Chemnitz (energate) - Die EnviaM will so viel Geld wie noch nie in die Energieinfrastruktur Ostdeutschlands investieren. Allein bis 2026 will der Chemnitzer Regionalversorger zwei Mrd. Euro in die Hand nehmen, um vor allem die Strom- und Breitbandnetze, aber auch das hauseigene Portfolio an PV- und Windkraftanlagen auszubauen. "Wir stehen vor dem grössten Investitionsprogramm der Unternehmensgeschichte", kündigte EnviaM-Vorstandschef Stephan Lowis bei der Vorstellung der Bilanz für das Geschäftsjahr 2022 an. Knapp 20 Prozent dieses Budgets, rund 390 Mio. Euro, sollen noch im laufenden Jahr in die Ertüchtigung und Digitalisierung der Verteilnetze fliessen und 20 Mio. in kurzfristige PV-Investitionen, so Lowis.

### Infrastrukturausbau: EnviaM profitiert vom Eon-Verbund

Ausgerichtet sind diese ambitionierten Pläne auf die politischen Energiewendeziele bis 2030, erklärte der CEO. Dass sein Unternehmen dabei angesichts der nach wie vor allgemein sehr angespannten Lieferketten in Zeitverzug geraten könnte, fürchtet Lowis nicht. Zum einen habe die sächsische Eon-Tochter schon 2020 begonnen, ihr Lieferkettenmanagement an die damals pandemiebedingt erschwerten Marktbedingungen anzupassen. Zum anderen profitiere EnviaM als Einkäufer von

Komponenten vom Eon-Konzernverbund. Dieser könne anders als kleinere Marktteilnehmer sehr grosse Stückzahlen bei Lieferanten abnehmen und zum Teil längere Lieferzeiten verkraften, was die Lage für diese Partner erleichtere, erläuterte er.

Kurzfristigen Investitionsbedarf sieht die EnviaM zudem am Arbeitsmarkt. Um die Energiewendeziele des Osterpakets tatsächlich umzusetzen, brauche EnviaM absehbar deutlich mehr hoch qualifiziertes Personal, so Lowis. Der branchenübergreifende Fachkräftemangel stelle zwar noch kein akutes Problem dar, fügte Personalvorständin Sigrid Nagl hinzu. Gleichwohl gelte es, das Unternehmen jetzt im Wettbewerb um die Arbeitskräfte von morgen zu positionieren, um auch in fünf bis zehn Jahren weiter handlungsfähig zu sein. Schon jetzt sei der demografische Wandel speziell im Einzugsgebiet der EnviaM spürbar und es werde zunehmend schwerer, ausreichend geeignete Bewerberinnen und Bewerber für die 200 derzeit ausgeschriebenen Stellen zu finden, so Nagl.

#### EnviaM mahnt zur Eile bei neuen Gaskraftwerken

In den Augen der EnviaM-Führung stehen Deutschlands Energiewendeziele bis 2030 ohnedies im Feuer. CEO Lowis betonte einmal mehr, dass Deutschland sowohl beim Hochlauf der Erneuerbaren als auch beim Netzausbau und beim Zubau wasserstofffähiger Gaskraftwerke das Tempo fehle, um die Ziele zu schaffen. "Wir müssten heute die Bagger losschicken, um die bis 2030 benötigten Gaskraftwerke rechtzeitig am Netz zu haben", so Lowis. Generell brauche es ein radikales Umdenken bei allen Genehmigungsinstanzen, speziell auch auf Landesebene und ein neues Marktdesign für grundlastfähige Kraftwerkskapazitäten, forderte der CEO - sprich einen Kapazitätsmarkt für die zu bauenden Gaskraftwerke. Allein im Netzgebiet der EnviaM würden fünf bis sechs solcher Kraftwerke benötigt, sagte er. Dass die EnviaM deshalb auch in dieser Richtung selbst investiert, schloss Lowis auf energate-Nachfrage aus. Der Fokus liege klar auf der Netzinfrastruktur und dem Erneuerbarenausbau.

### Energiehandel beschert 2022 mehr Gewinn

Das Energiekrisenjahr 2022 beschrieb der EnviaM-Chef rückblickend als "starke Achterbahnfahrt" mit wirtschaftlich positivem Ausgang für sein Unternehmen. So sei es trotz aller krisenbedingten Marktverwerfungen gelungen, den operativen Gewinn um 5,6 Prozent auf 334,5 Mio. Euro zu steigern. Treiber war unter anderem der vom Endkundengeschäft mit Strom und Gas losgelöste Energiehandel, wo die EnviaM von den hohen Grosshandelspreisen profitierte.

Im Vertrieb an die rund 1,3 Mio. Kunden des Unternehmens hatte der Regionalversorger indes zeitweise das Neukundengeschäft eingestellt, um mit dem Kundenzustrom in der Grundversorgung umgehen zu können, blickte Lowis zurück. Aus dieser Gemengelage würden sich "unfaire Startbedingungen" in den neuen, wiedererstarkten Wettbewerb ergeben. Kurzfristiger orientierte Anbieter, die den Markt zwischenzeitlich

verlassen hatten, könnten die günstigeren Börsenpreise nun schneller an ihre Kunden weiterreichen, monierte er. EnviaM senke zwar auch selbst die Preise. Dies geschehe jedoch mit Blick auf die Beschaffungskosten der jüngeren Vergangenheit in anderem Rahmen. /pa

3 FRAGEN AN FRANCO GOLA, BAYERNWERK NATUR

### "Erdwärmesonden können auch im urbanen Raum punkten"

Regensburg (energate) - Bayernwerk Natur entwickelt als Energiecontractor ein klimafreundliches Stadtquartier am Nürnberger Nordwestring. Dort wird die Umweltbank ihren neuen Firmensitz finden, aber auch weitere Büroflächen, ein Biofachmarkt, eine Kita sowie ein Studentenwohnheim werden mit Geothermie, Biogas und Solarenergie versorgt. energate sprach mit Geschäftsführer Franco Gola über das grüne Konzept.

energate: Bei der Energieversorgung im sogenannten Umweltquartier setzt Bayernwerk vor allem auf vor Ort verfügbare Energiequellen. Wie viel leisten die grünen Energieträger und wie wird die Versorgung zusätzlich abgesichert?

Gola: Wir setzen auf die Nutzung von Geothermie, der erste Bauabschnitt mit 74 Erdsonden ist bereits abgeschlossen. In Verbindung mit einer Wärmepumpe wird so der überwiegende Anteil der Wärme für das Umweltquartier erzeugt. Ebenso stellt diese Technik die Kälteversorgung für das Umwelthaus zur Verfügung. Darüber hinaus wird auch die Abwärme eines Supermarktes in das System integriert. Ergänzt und abgesichert wird die Versorgung durch ein Blockheizkraftwerk, das parallel auch Strom erzeugt, und einen Spitzenlastkessel, die beide mit Biomethan gespeist werden.

energate: Warum haben sich Erdwärmesonden in dem Quartier angeboten?

Gola: Das Energiekonzept beruht zum überwiegenden Teil auf der Nutzung der Geothermie als Quelle für die Wärmepumpe. Das Sondenfeld besteht aus insgesamt 198 Erdsonden mit einer Tiefe von jeweils 55 Metern. Es ist so ausgelegt, dass neben einer Beheizung des Quartiers über die Wärmepumpe auch eine Kühlung von Teilbereichen direkt über die Erdwärmesonden möglich ist. Die Erdwärmesonden sind nach unserer Überzeugung eine der nachhaltigsten Lösungen, die insbesondere auch im urbanen Raum ihre Vorteile ausspielen kann. Die Herausforderung ist die frühzeitige Einplanung in die Baugrubenplanung und den Tiefbau, da die Erdsonden unter den Gebäuden liegen werden.

energate: Wie hat sich die Nachfrage nach solchen grünen Nahwärmekonzepten durch die Energiekrise entwickelt?

Gola: Die Nachfrage ist seit den turbulenten Entwicklungen an den Energiemärkten im vergangenen Herbst stark gestiegen

und hat auch unsere Strategie bestätigt: Zukünftig werden wir nur noch klimaneutrale Quartierslösungen entwickeln. Sektorenkopplung durch PV an Fassade und Dach inklusive Batteriespeicher führen zu Preisstabilität und marktkonformen Preisen trotz der kostenintensiven grünen Wärme.

Die Fragen stellte Mareike Teuffer.

3 FRAGEN AN ANNE HAGEMEIER, FRAUNHOFER UMSICHT

# "Wir betrachten Dekarbonisierung und Digitalisierung"

Oberhausen (energate) - Das Anfang des Jahres gestartete Projekt "Roadmap.SW" soll Stadtwerken und interessierten Unternehmen Unterstützung bei der Entwicklung von Transformationsplänen bieten. energate sprach mit Anne Hagemeier, Gruppenleiterin Kommunale Energiewende und Netztransformation beim Konsortialführer Fraunhofer Umsicht, über das Ziel des Projektes, Dekarbonisierung und Digitalisierung zusammenzuführen.

energate: Welchen Ansatz verfolgt das Projekt "Roadmap.SW"?

Hagemeier: Für die Umsetzung der Energiewende spielen lokale Energiesysteme auf Ebene von Quartieren und Kommunen eine wichtige Rolle. Insbesondere hier können Verbräuche reduziert, Infrastrukturen ausgebaut, lokale erneuerbare Erzeugung umgesetzt und integrale Lösungen realisiert werden. Daher haben Stadtwerke eine grosse Bedeutung, um Massnahmen zu entwickeln und umzusetzen sowie als lokale Ansprechpartner für Bürger\*innen und Unternehmen zu dienen.

Im Projekt "Roadmap.SW" möchten wir Stadtwerke dabei unterstützen und ihnen ein Werkzeug an die Hand geben, mit dem sie ihre Ausgangsposition bewerten und darauf aufbauend ihre eigene Roadmap entwickeln können. Das Besondere: Wir betrachten sowohl die Dekarbonisierung als auch die Digitalisierung, da beide in vielen Aspekten Hand in Hand gehen und Themen sind, mit denen sich viele Stadtwerke aktuell beschäftigen.

Entsprechend arbeiten wir mit unseren Projektpartnern zusammen: Der Schwerpunkt der RWTH Aachen liegt auf der Digitalisierung. Das Stadtwerkenetzwerk Asew spiegelt die Projektschritte in seinem Netzwerk und bringt - ebenso wie die Ideenstadtwerke aus Neustadt am Rübenberge - Input aus den Stadtwerken ein.

energate: Wie können Stadtwerke und Unternehmen davon profitieren?

Hagemeier: Das Reifegradmodell, das wir im Projekt "Roadmap.SW" entwickeln, baut auf einem Bewertungstool auf, wie es in der Vergangenheit bereits für die Industrie 4.0 erarbeitet und vielfach angewendet wurde. Dieses Tool, das bislang hauptsächlich auf Digitalisierungsfragestellungen abzielt, passen wir nun an, sodass wir damit auch den Status der Dekarbonisierung erfassen können. Die Anwendung wird in Form eines frei zugänglichen Online-Self-Assessment erfolgen, bei dem Stadtwerke einen Fragenkatalog beantworten. Als Ergebnis erhalten sie eine Bewertung ihres Status quo in den Bereichen Dekarbonisierung und Digitalisierung und können sich im Vergleich zu anderen Stadtwerken einordnen. Im nächsten Schritt können passgenaue Massnahmen in Abhängigkeit des Ist-Zustandes, der jeweiligen Zielstellung und der Rahmenbedingungen ausgewählt werden. Aus ihnen wird dann eine eigene Roadmap erstellt.

energate: Wie ist aus Ihrer Sicht der aktuelle Stand der deutschen Stadtwerke beim Thema Transformation?

Hagemeier: Als Forschungseinrichtung befassen wir uns seit vielen Jahren mit der Transformation der Energiesysteme auf dem Weg zu Klimaneutralität und der Rolle der Stadt-

werke im Rahmen dieser Transformation. Lange war dies ein Thema, das zwar in punktuellen Vorhaben angetestet, aber nur sehr zögerlich angegangen wurde, wenn es um die breite Umsetzung und die Integration in Unternehmensziele und -denkweisen ging. In letzter Zeit ist hier ein deutliches Umdenken zu erkennen: Klimaschutz wird bei den Stadtwerken als wichtige Aufgabe erkannt, viele Ansätze und Ideen gehen in die richtige Richtung. Eine Transformation ist jedoch eine Mammutaufgabe, die nicht nur neue technologische Lösungsansätze, sondern auch ein Umdenken im ganzen Unternehmen erfordert. So etwas kann nicht mal eben umgesetzt werden, sondern braucht viel Zeit, um entsprechende Strukturen aufzubauen und zu verankern. Hier ist noch viel zu tun und das Tempo muss eher noch beschleunigt werden, wenn die Ziele erreicht und die Stadtwerke nicht abgehängt werden wollen.

Die Fragen stellte Carsten Kloth.

Weitere Nachrichten und Marktdaten online unter www.energate-messenger.ch.

Einfach einloggen und weiterlesen

ener gate messenger.ch

